



PROTOKOLL

**LANDKREIS
ERDING**

öffentlich

**Büro des Landrats
BL**

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 20.03.2009
Az.:

5. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 16.03.2009

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred	i.V.v. Hofstetter Franz (bis 16.30 Uhr)
Bendl, Roswitha	
Biller, Josef	
Dieckmann, Ulla	
Els, Georg	i.V.v. Fischer Siegfried (bis 16.20 Uhr)
Gruber, Michael	
Peis, Hans	
Rübensaal, Siegfried	
Seeger, Hannelore	
Sterr, Josef	i.V.v. Grundner Heinz
Wiesmaier, Hans	

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fischer Heinz
Thomas Wolfgang (zu TOP 1 und 2)
Schmittner Josef (zu TOP 3)
Arweck Peter (zu TOP 3)
Mayer Elfriede (Protokoll)
Centner Christina

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Landesentwicklungsprogramm Teilfortschreibung ziviler Luftverkehr
Ziele B V 1.6.5 und B V 1.6.8
Vorlage: 2009/0001
2. Europäische Metropolregion München
Vorlage: 2009/0464
3. Abfallwirtschaft
Sanierung des Sickerwassererfassungssystems in der ehemaligen
Kreismülldeponie Unterriesbach
Vorlage: 2009/0006
4. Bekanntgaben und Anfragen
- 4.1 Anfrage von Kreisrätin Bendl zum Genmaisfeld in Fraunberg



LANDKREIS
ERDING

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 16.03.2009

**1. Landesentwicklungsprogramm Teilfortschreibung ziviler Luftverkehr - Ziele B V 1.6.5 und B V 1.6.8
Vorlage: 2009/0001**

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht und erklärt, die Bayer. Staatsregierung plane, im LEP das Ziel B V 1.6.5 zu ändern und folgenden Satz zu streichen: „Die Möglichkeiten für einen bedarfsgerechten Ausbau und für seine Nutzung durch den Geschäftsreiseflugverkehr sollen offen gehalten werden.“

In den vorangegangenen Sitzungen habe sich der Landkreis dazu entsprechend positioniert. Der Landkreis möchte genau umgekehrt, dass in Oberpfaffenhofen (und auch an den weiteren Flughäfen, z.B. Fürstenfeldbruck) weiter die Nutzungsmöglichkeit als Zivilflugplatz für Kleinflieger gewährleistet werde. Ein Abbau der in der Umgebung liegenden Flugkapazitäten könne nicht hingenommen werden, weil damit eine 3. Start- und Landebahn gerechtfertigt wäre, und das nur, weil vorhandene Möglichkeiten und Potenziale nicht ausgenutzt werden sollen. Deshalb sei dem deutlich zu widersprechen.

Zur schienenmäßigen Erschließung des Flughafens enthalte die Teilfortschreibung dagegen keine Aussage. Die CSU-Fraktion habe daher einen Ergänzungsantrag gestellt, der in die Mappen der Ausschussmitglieder verteilt worden sei. Im Ergänzungsantrag seien folgende Punkte genannt:

- „1. Der Landkreis Erding stellt die Notwendigkeit einer schienenmäßigen Anbindung von Ostbayern her an den Flughafen nicht in Abrede.
2. In Bezug auf das Raumordnungsverfahren zur „Marzlinger Spange“ schließt sich der Landkreis Erding der ablehnenden Haltung der Gemeinden Oberding und Eitting an.
3. Erste Priorität in Bezug auf die schienenmäßige Anbindung des Flughafens haben für den Landkreis Erding der S-Bahn-Ringschluss und die Walpertskirchener Spange.“

Kreisrätin Bendl fragt, nachdem ihr nicht ganz klar sei, was der Unterschied zur Behandlung in der letzten Sitzung sei, ob heute eine offizielle Stellungnahme der Landkreise gefordert werde. Aus dem Vorlagebericht habe sie nichts entnehmen können.

Der Vorsitzende erklärt, der Landkreis habe sich in der Sitzung am 09.02. bezüglich des Anhörungsverfahrens und der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene positioniert, weil explizit die Streichung des landespolitischen Zieles mit vorgesehen sei. Dazu sei von der Regierung ein kommunales Beteiligungsverfahren in der Region 14 durchgeführt worden. Heute gehe es um die kommunale Beteiligung, bei der die betroffenen Gemeinden, Märkte, Städte und auch die Landkreise ihre Stellungnahmen abgeben. Der Landkreis sei aufgefordert worden, konkret eine Stellungnahme abzugeben.

Kreisrätin Bendl wünscht, dies zur Klarstellung im Beschluss aufzunehmen, um das später nachvollziehen zu können.



Der Vorsitzende verweist auf die Formulierung im versandten Beschlussvorschlag.

Kreisrätin Dieckmann merkt an, auch sie sei der Meinung, wie bereits ihre Kollegen in der Sitzung am 09.02., dass es wünschenswert wäre, wenn bestehende Flugplätze in der Umgebung in der Nutzung eingeschränkt würden. Sie finde es nicht in Ordnung, wenn einer dem anderen Dinge zuschiebe. Sie denke, es sei ein „Sankt Floriansprinzip“, wenn gesagt werde, „wir wollen keine 3. Start- und Landebahn und deshalb sollen andere Flugplätze nicht in ihrer Nutzung eingeschränkt werden“. Sie denke, dass der Anteil der Flugbewegungen bei der 3. Start- und Landebahn so viel nicht ausmachen werde. Sie werde aber trotzdem für den Antrag stimmen.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Weiter merkt sie an, der Antrag der CSU-Fraktion zur „Marzlinger Spange“ sei richtig, jedoch sollte ein Gesamtkonzept ordentlich im Ausschuss diskutiert werden. In der neuen Wahlperiode sei das gesamte Straßen- und Verkehrskonzept noch nicht diskutiert worden.

Der Vorsitzende betont, die Verkehre, bei denen der Landkreis zuständig sei, werden im Ausschuss diskutiert. Der Landkreis sei jedoch nicht befugt, Entscheidungen über Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Staatsstraßen, etc. zu treffen. Der Landkreis positioniere sich bei den entsprechenden Stellungnahmen, habe aber nicht die Entscheidungshoheit, auch wenn die Straßenführung, etc. über das Landkreisgebiet gehe.

Der Vorsitzende merkt weiter zur Aussage von Kreisrätin Dieckmann an, es bleibe ihr überlassen, ob sie sich für die Bürger vor Ort im Landkreis Erding oder für die Bürger westlich von München einsetzen möchte. Entscheidend sei, dass Kapazitäten nachgefragt werden. Es stelle sich die Frage, ob die Kapazitäten am Flughafen München geschaffen werden sollen, die woanders schon vorhanden wären (6 – 8 % nach Aussage der FMG) und ob die Bevölkerung im Münchner Westen mehr verschont werden solle, als die Bürger unseres Landkreises. Die Bürger im Landkreis haben bereits mit dem Flughafen eine Belastungssituation, die weit über das zumutbare Maß hinausgehe. Die Bürger im Westen von München haben diese Belastung noch nicht erreicht. Es gehe also um die Frage, ob die Entwicklungsperspektive nur einseitig auf den Flughafen München gerichtet werde und alle anderen eine Entlastung bekommen. Er möchte den Bürgern im Landkreis Erding nicht zumuten, dass sie allein künftig diese zusätzlichen Belastungen bekommen. Deshalb sollte die Öffnung des jetzigen Werkflughafens Oberpfaffenhofen, so wie es im LEP gefordert sei, als ziviler Faktor in der Geschäftsfliegerei bestehen bleiben und nicht einseitig herausgenommen werden.

Kreisrätin Seeger erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne den Beschlussvorschlag ab. Sie unterstütze die Entscheidung, dass Oberpfaffenhofen nicht ausgebaut oder verstärkt genutzt werde. Kreisrätin Seeger glaube nicht, dass eine zusätzliche Nutzung von Oberpfaffenhofen eine Entlastung für den Flughafen München bringen würde. In den letzten zwei Jahren wäre die Chance gewesen, auf die Nutzung von Oberpfaffenhofen mit Zahlen reagieren zu können. Das sei nicht geschehen. Nach ihrer persönlichen Meinung könnte sogar der Ausbau von Oberpfaffenhofen zu einem zusätzlichen Angebot für Kleinflieger



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

führen. Bündnis 90/Die Grünen halten den Beschlussvorschlag für eine falsche verkehrspolitische Entwicklung und treten dafür ein, dass der Flugverkehr insgesamt reduziert werde, um alle Bürger in Oberpfaffenhofen, Fürstenfeldbruck und auch in Erding zu entlasten. Eine Vielzahl der Kleinflieger fliege kurze Strecken, die auch durch andere Verkehrsmittel ersetzt werden könnten. Sie weist darauf hin, dass der Wirtschaftsausschuss des Bayer. Landtags im Dezember einstimmig einen Dringlichkeitsantrag verabschiedet habe, dass Oberpfaffenhofen von den zivilen Kleinfliegern geschützt werden solle. Es haben alle Parteien zugestimmt. Diese Argumente gelten weitgehend auch für Fürstenfeldbruck.

Der Vorsitzende widerspricht, weil nach Aussage der Geschäftsführung der FMG 6 – 8 % der Slots durch diesen Geschäftsreiseverkehr belegt seien. Die rechtliche Situation für eine Nutzung von Oberpfaffenhofen sei derzeit noch nicht gegeben.

Kreisrätin Seeger sagt, die Genehmigung dafür liege vor.

Der Vorsitzende antwortet, die Genehmigung werde derzeit beklagt und im LEP sei es als Ziel mit genannt. Wenn der Gesetzgeber nicht festlege, dass die Kapazitäten dort vorhanden seien und diese genutzt werden dürfen, sei das nicht so einfach möglich.

Dr. Kerkloh von der FMG würde sich freuen, wenn es diese Möglichkeit geben würde. Die Kleinflieger am Flughafen nehmen nach dem Start und der Landung von größeren Flugzeugen viel Zeit und Koordinierungsaufwand in Anspruch, weil sie aufgrund der Wirbelschleppen länger auf ihren Start bzw. die Landung warten müssen. Entscheidend sei, dass es durch eine Verlagerung dieser Kleinflieger eine Entlastung am Flughafen München geben würde.

Kreisrat Els spricht sich im Namen der FW-Fraktion gegen eine Änderung des LEP aus. Es entstehe der Eindruck, alle belastenden Einrichtungen kommen in den Osten und Norden der Region, die begünstigten Einrichtungen in den Süden, beginnend von den Autobahnen, etc. Wirtschaftsminister Zeil habe geäußert, so lange er Wirtschaftsminister sei, werde Oberpfaffenhofen nicht für Kleinflieger geöffnet. Es stellt sich die Frage, wie viele der Regierungsmitglieder dort wohnen und wie viele Einflüsse es gebe. Das könne nicht sein. Das sei eine Missachtung der Bevölkerung im Osten und Norden. Wenn der Flughafen in Oberpfaffenhofen nicht für die Kleinflieger freigegeben werde, haben die Bürger im Landkreis Erding die Belastung dadurch und auch durch den Verkehr zu tragen.

Weiter stellt Kreisrat Els fest, es sei immer noch die Situation, dass aus Sicht des Kreistages die „Walpertskirchner Spange“ favorisiert werde und sich der Kreistag gegen die „Marzlinger Spange“ ausspreche. Dies sei bisher nicht erwähnt worden.

Der Vorsitzende sagt, nachdem Wirtschaftsminister Zeil erst vor kurzem bei der Verkehrskonferenz am Flughafen explizit betont habe, die „Marzlinger Spange“ auch künftig in der Planung mit zu haben, habe ihn das erschreckt. Deswegen sollte die klare Positionierung gegen die „Marzlinger Spange“ ergänzend aufgenommen werden.



Kreisrat Peis stimmt dem Antrag der CSU-Fraktion in allen Punkten zu. Entscheidend sei der Satz in der Begründung des Beschlussvorschlages: „Bei Mitbenutzung der beiden Landeplätze für den Geschäftsreiseverkehr ist die Notwendigkeit einer dritten Bahn am Flughafen München noch mehr infrage gestellt.“

Kreisrat Peis denkt, wenn die Kreisräte die Situation nicht nutzen und den entsprechenden Beschluss fassen, frage er, warum sie gewählt worden seien.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Gruber merkt an, er habe Probleme mit der grundsätzlichen Ausweitung von Luftkapazitäten. In der Sitzung am 09.02. sei es um eine Abstimmung bezüglich Oberpfaffenhofen gegangen. Die Gründe seien dargelegt worden. In der Gesamtheit mit der „Marzlinger Spange“ müsse er dem Beschlussvorschlag zustimmen, auch wenn er nicht mit jedem Punkt einverstanden sei. Die Verlagerung der Kleinflieger nach Oberpfaffenhofen gefalle ihm nicht. Er könne nicht nachvollziehen, warum Kreisrätin Seeger heute dem Vorschlag nicht zustimmen möchte.

Kreisrat Wiesmaier merkt an, mit der Beibehaltung der Ziele im LEP könne einem Bau der 3. Start- und Landebahn entgegen gewirkt werden. Es sei der große Unterschied, denn Oberpfaffenhofen müsste nicht baulich erweitert werden. Deshalb sei es nur legitim, an dem Ziel festzuhalten und um einen Ausgleich zu bitten. Er sei froh darüber, dass die CSU-Fraktion den Antrag zur „Marzlinger Spange“ gestellt habe, weil er auch über die Äußerung von Wirtschaftsminister Zeil überrascht sei. Er werde dem Antrag zustimmen. München sei die bestimmende Kraft im Regionsgefüge.

Kreisrätin Seeger denkt, es wäre falsch, wenn Oberpfaffenhofen für die Kleinflieger geöffnet werde. Sie denkt, es gebe keine Garantie, dass dann am Flughafen weniger Kleinflieger seien. Sie glaubt, dass für alle und für die Erdinger Bürger mehr getan werden könnte, wenn auf die Reduzierung der Kleinfliegerei gedrängt werde. Sie denkt, dass ein anderer Weg langfristig effektiver wäre.

Kreisrätin Bendl zeigt sich erfreut, dass die „Marzlinger Spange“ extra erwähnt werde. Die Alternative sei die Neufahrner Gegenkurve. Aus ökologischer und ökonomischer Sicht sei die „Marzlinger Spange“ ein großes Problem. Die ostbayerischen Städte machen aber Druck. Ganz ohne Belastung werde es nicht gehen.

Kreisrat Rübensaal denkt, die Aussage von Kreisrätin Seeger liege nicht im Ermessen der FMG. Er erinnert, es herrsche Einigkeit in allen Bereichen, dass die „Marzlinger Spange“ wegen unüberwindbarer Hindernisse (Steilufer an der Isar, etc.) nicht machbar sei. Wirtschaftsminister Zeil habe erklärt, solange keine Entscheidung über die „Marzlinger Spange“ gefallen sei, solle die Neufahrner Gegenkurve zurückgestellt werden. Das Ganze sei ein Spiel auf Zeit oder auf die Unwissenheit von Wirtschaftsminister Zeil zurückzuführen.

Der Vorsitzende berichtet, auch er sei überrascht gewesen, weil sehr viele ost- und nordbayerische Bürgermeister zu der Thematik eingeladen waren und als Schwerpunkt festgestellt worden sei, dass die „Marzlinger Spange“ notwendig sei. Es haben sich mehrere zu Wort gemeldet. Der



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Vorsitzende berichtet, auch er habe sich gemeldet um darzustellen, dass die „Marzlinger Spange“ ein Konkurrenzprojekt zur „Neufahrner Gegenkurve“ sei. Minister Zeil habe zwar dann bekräftigt, die „Neufahrner Gegenkurve“ und der Ringschluss gelten als gesetzt. Auf die Frage, welchen Sinn dann noch die „Marzlinger Spange“ habe, habe der Minister geantwortet, eine Zeitersparnis von 20 Minuten. Es stellt sich dann die Frage, wie soll bei einem Projekt Erdinger Ringschluss plus Neufahrner Gegenkurve, deren Wirtschaftlichkeit immer wieder geprüft werde, ein Parallelprojekt eine Chance haben. Bei der „Marzlinger Spange“ gehe es um die Abkopplung von Freising. Unabhängig davon, dass der Landkreis zu einem nicht unerheblichen Maße betroffen wäre, mache es keinen Sinn, durch den Flughafen hindurch, an Freising vorbei nach München zu fahren.

Kreisrat Becker merkt an, Kreisrätin Seeger habe von Kleinfliegern gesprochen, die nach Frankfurt oder Nürnberg fliegen. Bei den Kleinfliegern, die nach Oberpfaffenhofen verlagert werden sollen, handle es sich aber um die allgemeine Luftfahrt von 2 Tonnen bis 50 Tonnen, rd. 8 %, was an sog. Slots am Flughafen derzeit anfallen.

Kreisrätin Dieckmann merkt an, sie werde für den Antrag stimmen, trotzdem finde sie es ökologisch sinnvoller, wenn Flughäfen in der Flugkapazität eingeschränkt werden. Sie möchte nochmals darauf hinweisen, dass ein Gesamtkonzept im Ausschuss diskutiert werden sollte.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass heute eine Stellungnahme abzugeben sei. Beispielsweise werde, wenn das Thema „Nordumfahrung Erding“ diskutiert werde, auch über Anschlussbeziehungen gesprochen. Es sei bereits eine Untersuchung in Auftrag gegeben worden, welche Auswirkungen die Nordumfahrung Erding für die Umgebung, für die qualifizierten und klassifizierten Straßen bis hin zu den Ortsverbindungsstraßen, etc. habe.

Kreisrätin Seeger stimmt dem zu, aber alle kleineren Flieger mit Fluggästen, die umsteigen wollen, möchten nicht in Oberpfaffenhofen aussteigen und dann mit dem Bus nach Erding fahren, sondern am Flughafen landen.

Der Vorsitzende betont nochmals, für die Verlagerung nach Oberpfaffenhofen sei der Geschäftsreiseflugverkehr über 2 Tonnen gemeint. Der jetzige Flughafen in Oberpfaffenhofen sei ein Werkflughafen. Im LEP sei bei der letzten Fortschreibung festgestellt worden, es mache Sinn, dass die Möglichkeit für die Öffnung bestehe und die Geschäftsflieger in Oberpfaffenhofen starten und landen können. Dies sei Konsens auf allen Ebenen (Landtag, Stadt München, etc.) gewesen. In der Region sei dies höchst umstritten gewesen.

Nun solle einseitig eine Änderung vorgenommen werden. Dagegen wehre er sich. Im Bereich des Landkreises Erding, wo die Belastung eine deutlich höhere sei, werde nicht diskutiert. Das finde er ungerecht.

Kreisrat Sterr merkt an, die Stadt München möchte die Bevölkerung in ihrer Nähe schützen und keine dieser Einrichtungen vor der „Haustüre“ haben. Er denkt, der Beschlussvorschlag sei die einzige Möglichkeit, um

entsprechend handeln und agieren zu können. Zur „Marzlinger Spange“ bleibe nur, diese abzulehnen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende ergänzt, es besteht Einigkeit mit dem Landratsamt Freising, gemeinsam entsprechende Stellungnahmen auszuarbeiten. Er bittet um Zustimmung, die Stellungnahme, die federführend ein Jurist im Landratsamt Freising vorbereitet, eventuell ergänzen zu dürfen, ohne der wiederholten Befassung im Gremium.

Kreisrat Els betont, es sollte festgestellt werden: „wir sind keine Bevölkerung zweiter Klasse“. Wenn Staatsminister Zeil sagt, es müsse die Bevölkerung dort geschützt werden, und Politiker sagen, sie brauchen die 3. Start- und Landebahn, dann sollte festgestellt werden, wer dort wohnt.

Kreisrätin Seeger stellt nochmals fest, dass es der falsche Weg sei und es eine bessere Lösung gebe, die Bürger zu entlasten. Sie habe ein anderes Verständnis von verkehrspolitischer Entwicklung. Langfristig werde es zu einer Reduzierung des Flugverkehrs kommen. Die Zahlen am Flughafen München belegen jetzt schon, dass die Starts und Landungen rückläufig seien. Sie wünscht, über den Ergänzungsantrag „Marzlinger Spange“ getrennt abzustimmen.

Der Vorsitzende antwortet, die Zahlen der Statistik seien vorsichtig zu behandeln. Außer in Jahren mit bestimmten Ereignissen (z.B. 11. September, Sars (Vogelgrippe), Antraxviren, allgemeine Wirtschaftsentwicklung, usw.) waren jährlich bisher immer zweistellige Prozentzuwächse zu verzeichnen. Der Flughafen habe sich deutlich schneller entwickelt, als alle geglaubt und gehofft haben.

Kreisrat Rübensaal merkt an, im Interesse der Transparenz und zur Widerlegung des begründeten Verdachts des Lobbyismus wäre es interessant zu erfahren, wie viele Entscheidungsträger, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Regierungsmitglieder, usw. ihren Wohnsitz nach einer Verlegung in den verlärmten Zonen der Flughafenregion in Oberpfaffenhofen und Fürstenfeldbruck haben und wie viele im Landkreis Erding wohnen.

Der Vorsitzende stellt fest, es sei schwierig, dies von Seiten des Landratsamtes ermitteln zu lassen.

Kreisrat Peis wünscht, nachdem alle Argumente ausgetauscht seien um Abstimmung.

Der Vorsitzende bringt daraufhin folgenden Vorschlag zur getrennten Abstimmung:

StrVU/0022-14

1. Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes Bayern (LEP) – Ziviler Luftverkehr, Ziele B V 1.6.5 und B V 1.6.8 - wird abgelehnt.

Begründung:



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Flugplätze Oberpfaffenhofen und Fürstenfeldbruck sind geeignet, qualifizierten Geschäftsreiseverkehr aufzunehmen. In der Begründung zum Ziel B V 1.6.5 sind als geeignete Flugzeuggrößen solche von 2 Tonnen bis 50 Tonnen genannt.

Ein Großteil der Flugzeuge dieser Größenordnung startet und landet derzeit auf dem Flughafen München Franz Josef Strauß und schränkt die Kapazität des Zwei-Bahnen-Systems ein, da kleinere Flugzeuge nach Start und Landung größerer Maschinen aufgrund derer Wirbelschleppen länger auf ihren Start bzw. Landung warten müssen. Nach Angabe der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH werden ca. 6-8% der Slots durch diesen Geschäftsreiseverkehr belegt. Eine zumindest teilweise Auslagerung dieser Flugzeugtypen im Geschäftsreiseflugverkehr auf die vorgenannten Flugplätze führt zu einer Steigerung der Effektivität des vorhandenen Zweibahnensystems am Flughafen München. Bei Mitbenutzung der beiden Landeplätze für den Geschäftsreiseverkehr ist die Notwendigkeit einer dritten Bahn am Flughafen München noch mehr infrage gestellt.

Es ist nicht vermittelbar, dass einerseits die Kapazität des Flughafen München mit einer nicht am Bedarf orientierten dritten Bahn erweitert werden soll und gleichzeitig bestehende Flugplätze aufgelöst bzw. in ihrer Nutzung eingeschränkt werden.

Auch der Geschäftsreiseflugverkehr ist durchaus an der Bereithaltung weiterer attraktiver Landeplätze im Umfeld der Landeshauptstadt interessiert und wird das Angebot auch annehmen ohne dass eine – aufgrund der Betriebspflicht ohnehin nicht mögliche – Zwangsverlagerung dorthin stattfindet.

Außerdem wird mit der Abänderung des Zieles B V 1.6.8 kein neuer Verkehrslandeplatz mit 85 ha verhindert, das Gelände des Flugplatzes Fürstenfeldbruck ist bereits vorhanden.

Der Ausschuss für Struktur, Umwelt und Verkehr des Kreistages von Erding hat sich bereits in seiner Sitzung vom 09. Februar 2009 gegen die geplante Teilfortschreibung des LEP ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: Annahme mit 11 : 1 Stimmen.

(Gegenstimme: KRin Seeger)

2. Der Landkreis Erding fordert die Bayerische Staatsregierung auf, im Zuge der geplanten Änderung des Landesentwicklungsprogrammes alle Aussagen, die eine Realisierung der „Marzlinger Spange“ ermöglichen, zu streichen.

Einer Begründung bedarf es angesichts der wiederholten Befassung in den Gremien des Landkreises Erding nicht.

3. Der Landrat wird ermächtigt, die Stellungnahme in Abstimmung mit dem Landkreis Freising, ohne der weiteren Befassung der Gremien, zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: Annahme mit 12 : 0 Stimmen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

2. Europäische Metropolregion München **Vorlage: 2009/0464**

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und erinnert, in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 04.09.2007 und in der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Umwelt und Verkehr am 29.09.2008 sei bereits über das Thema informiert worden. Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt habe mit 11 : 2 Stimmen folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landkreis Erding wird nach Vorliegen der endgültigen Organisationsstruktur (Vereinsatzung) über eine Mitgliedschaft in dem noch zu gründenden Verein Europäische Metropolregion München e.V. beraten und beschließen.“

Der Verein „Europäische Metropolregion München e.V.“ sei nun gegründet und habe eine Satzung, Geschäftsordnung und Beitragssatzung vorgelegt. Über eine Mitgliedschaft sei deshalb erneut zu beraten.

Der Vorsitzende merkt an, er sei kein Fan der „Europäischen Metropolregion“. Der Landkreis könne mit einer anderen Marketingorganisation wesentlich effektiver sein. Der eigenständige Ansatz mit der Darstellung der Region zusammen mit Freising sei wichtiger und entscheidender. Er glaubt nicht, dass sich der Landkreis in einer Europäischen Metropolregion wiederfinden werde. Der Norden der Landeshauptstadt der Europäischen Metropolregion sei definiert worden, dafür zu sorgen, die Luftverkehrsdrehscheibe zu sein, damit die Europäische Metropolregion entsprechend gut angebunden sei.

Herr Thomas merkt an, der Beitrag wären ca. 7.500 €/Jahr (bei kreisfreien Städten und Landkreisen 0,06 € je Einwohner, bei kreisangehörigen Gemeinden 0,03 € je Einwohner).

Kreisrat Wiesmaier denkt, der Landkreis habe keinen Bedarf, der „Europäischen Metropolregion“ beizutreten. Er komme gerade von der Tagung „Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung“. Auch Staatsminister Brunner war anwesend. Die eindeutige Aussage sei gewesen, dass diejenigen, die aus der Negativentwicklung positiv hervorgehen werden, die Identität aufbauen können und den Unterschied zu anderen Regionen darstellen. Dies habe der Landkreis Erding bereits in der Vergangenheit bewiesen. Der Landkreis Erding gelte als Boomregion. Er sehe nicht ein, dass der Landkreis „sein Gesicht in den Topf werfe, sich verrühren lasse und in einer Metropolregion aufwache und ihm dann zugestanden werde, irgendwelche Verkehre abzuwickeln.“ Er lehne dies strikt ab, auch wenn der Beitritt kostenlos wäre.

Kreisrat Els merkt an, die Europäische Metropolregion und die Gremien, die damit geschaffen worden seien, werden von der Landeshauptstadt München dominiert. Ähnlich sei dies im Regionalen Planungsverband. Auch die FW-Fraktion lehne einen Beitritt ab. Die einzige Gefahr könnte sein, dass von Leuten Dinge bestimmt und entschieden werden, die zur Region keinen Bezug haben. Dies sei ähnlich wie beim Landesentwicklungsprogramm.



LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Peis spricht sich ebenfalls gegen einen Beitritt aus. Entscheidend sei, dass der Landkreis, auch ohne Mitgliedschaft in dem Verein Mitglied der Europäischen Metropolregion sei. Wenn es um bestimmte Projekte geht, müsse der Landkreis auch ohne Mitgliedschaft beteiligt werden.

Kreisrätin Dieckmann sagt, sie sei anderer Meinung. Der Landkreis sei betroffen. Die Frage sei, ob der Landkreis den Weg innerhalb der Europäischen Metropolregion suchen und mitarbeiten sollte, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse nicht den eigenen Vorstellungen entsprechen. Die Satzung der „Europäischen Metropolregion“ sei im Internet anders dargestellt. Für die Projektarbeit habe der Lenkungskreis des Vereins vier Handlungsfelder und Arbeitsgruppen festgelegt: Wissen, Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit sowie Mobilität. Es arbeiten verschiedene Landkreise und Städte mit.

Büro des Landrats
BL

Sie denkt, dass vielleicht mit der Mitarbeit mehr erreicht werden könnte. Ihr Hauptargument sei, lieber innerhalb der Europäischen Metropolregion zu agieren als außerhalb. 7.500 € Beitrag seien auch nicht viel. Europa bestehe aus vielen Regionen.

Der Vorsitzende berichtet, vergangene Woche sei er auf der ITB in Berlin gewesen. Dabei habe er feststellen können, dass der Landkreis ein Stück weit Konkurrent zur Landeshauptstadt München sei. Die Landeshauptstadt München sowie die AirfolgsRegion haben einen eigenen Stand gehabt. Die Landeshauptstadt München habe sich dabei natürlich vordergründig selbständig präsentieren wollen. Die AirfolgsRegion habe sich mit einem fast gleich großen Stand dargestellt und einen großen Zulauf gehabt, weil er eine große Unterstützung auch von verschiedenen anderen Anbietern bekommen habe, die sich auch eigenständig präsentiert haben. Dies sei ein Zeichen, dass der Landkreis in einem großen Konglomerat untergehen würde.

Kreisrätin Dieckmann sagt, aber alle im Umkreis liegenden Landkreise seien Mitglied in der „Europäischen Metropolregion“ (Mühldorf, Ebersberg, Freising, etc.)

Der Vorsitzende antwortet, genau das sei der Grund, warum er sich nicht dafür begeistern könne. Aus der Sicht der Landkreise Landshut, Mühldorf könne es nichts Besseres geben, als Mitglied zu sein. Ein Landkreis, der keine Nähe, keine Berührungspunkte zur Landeshauptstadt München habe, weil er sich in einer anderen Planungsregion befindet, könne nur damit werben und davon profitieren, wenn er möglichst nah mit der Landeshauptstadt München verbunden sei. Wo sollte z.B. die Landeshauptstadt München dem Landkreis Erding einen Vorteil zukommen lassen.

Entscheidend sei die Vorgabe, dass alle 11 Metropolregionen in ganz Europa einen Flughafen haben müssen. Genau deshalb lege die Landeshauptstadt München Wert darauf, dass der Bereich der Region 14 mit dabei sei. Die Landeshauptstadt möchte leider noch mehr Einfluss auf die Infrastruktur nehmen, als dem Landkreis lieb sei, z.B. beim Bau der 3. Start- und Landebahn. Es wäre möglicherweise auch der Effekt, ein

weiteres Planungsgremium zu bekommen, wo sich der Landkreis wiederum gegen eine Mehrheit stemmen müsste.



Kreisrat Wiesmaier merkt an, die Beschreibung für unsere Region sei „Siedlungsraum mit großem Verdichtungsraum, der die negative Entwicklung der Verdichtungsräume ausgleichen solle“.

LANDKREIS
ERDING

Kreisrätin Bendl weist darauf hin, dass in der Sitzung im September vereinbart worden sei, etwa in einem Jahr über einen Beitritt zu beraten. Sie denkt, die Zeit hätte abgewartet werden sollen. Das Ziel sei, nachhaltiges Wachstum in der Region zu fördern. Sie glaubt jedoch, dass die Region nicht noch mehr Wachstum haben wolle, deshalb spreche sie sich derzeit gegen einen Beitritt aus.

Büro des Landrats
BL

Sie habe aber zwei Dinge gefunden, die vielleicht einen Beitritt rechtfertigen würden. In der Arbeitsgruppe Mobilität könnte angeregt werden, dass ein Fahrschein der Bahn für die gesamte Region gelten sollte.

Im Weiteren sei immer wieder die Rede davon, dass der Ausbau München – Mühldorf nicht zuletzt am Brenner-Basis-Tunnel scheitere. Auch das könnte behandelt werden.

Der Vorsitzende merkt an, nachdem die Satzung nun vorgelegt worden sei, habe er zeitnah das Thema dem Ausschuss erneut vorgelegt. Sollte es allgemein gewünscht werden, könne darüber zu einem späteren Zeitpunkt wieder beraten werden.

Kreisrätin Seeger spricht sich gegen einen Beitritt aus, viele gute Argumente dagegen seien vorgetragen worden.

Kreisrat Biller bittet um eine Abstimmung heute.

Kreisrat Gruber denkt, der Landkreis sollte sich beteiligen. Er werde einem Beitritt zustimmen, weil er derzeit mehr Chancen als Nachteile sehe, sollte eine Mitarbeit angestrebt werden. Wenn der Erfolg, den der Landkreis suche, nicht eintrete, sei jederzeit, drei Monate zum Kalenderjahr ein Austritt wieder möglich. Er wünscht deshalb heute eine Abstimmung, damit das Thema nicht alle paar Monate neu zu besprechen sei, auch dann, wenn seine Sichtweise keine Mehrheit findet.

Kreisrat Rübensaal weist darauf hin, dass die Strecke Mühldorf – Thann Matzbach zwei Tarifsysteme habe. Allein schon diese Tatsache erfordere gezwungenermaßen eine Neuordnung des Tarifsystems. Der Landkreis müsse bei der Ausschreibung darauf hinweisen.

Kreisrat Wiesmaier sagt, das höchste Gut auf kommunaler Ebene sei die Kommunale Selbstverwaltung, die in vielen Dingen angekratzt sei, weil immer mehr dazu übergegangen werde und viele der Meinung seien, eine übergeordnete Organisation löse die Probleme. Dies sei jedoch nicht der Fall.

Wenn der Landkreis wirklich den Bedarf sehe, sei ein Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt immer noch möglich. Er sehe jedoch keine Zielrichtung



für den Landkreis. Er möchte einen Landkreis, der noch erkennbar sei. Er kämpfe um seine Gemeinde, die Identität, dass sich die Bürger darin wieder finden, aber nicht in der „Europäischen Metropolregion“.

Der Vorsitzende bringt daraufhin den Antrag von Kreisrat Gruber zur Abstimmung:

StrVU/0023-14

Der Landkreis Erding tritt dem Verein „Europäische Metropolregion München e.V.“ bei.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 10 : 2 Stimmen.**
(KRin Dieckmann und KR Gruber)

3. Abfallwirtschaft
Sanierung des Sickerwassererfassungssystems in der
ehemaligen Kreismülldeponie Unterriesbach
Vorlage: 2009/0006

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Arweck um Ausführung.

Herr Arweck erklärt, in der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 09.02.2009 sei die Sanierung des Sickerwassererfassungssystems der ehemaligen Deponie Unterriesbach nichtöffentlich beraten worden. Kreisrat Wiesmaier habe angeregt, öffentlich darüber zu informieren.

Im Weiteren erklärt er ausführlich anhand einer Powerpoint-Präsentation die Basisabdichtung, die Sickerwassersammlung und die Deponiegasfassung (siehe Anlage). Herr Arweck berichtet, durch die Sammlung des Deponiegases mit 28 Gasbrunnen in vier Gasregelstationen haben 2008 rd. 249 Haushalte mit Gas versorgt werden können.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob das Methangas ohne Rückstand verbrannt werde.

Herr Schmittner erklärt, die chemische Zusammensetzung von Methangas sei CH_4 . Bei der Verbrennung verbinde sich das Kohlenstoffatom mit zwei Sauerstoffatomen und wird zu CO_2 . Die vier Wasserstoffatome verbinden sich ebenfalls mit Sauerstoff und werden Wasserdampf.

Herr Arweck ergänzt, zudem ergeben sich chemische Rückstände mit sog. Spurenstoffen, die nicht näher bezeichnet werden können.

Kreisrat Wiesmaier zeigt sich überrascht, dass eine so große Menge Deponiegas angefallen sei. Er möchte wissen, ob für den Ertrag eine eigene Haushaltsstelle ausgewiesen worden sei.

Herr Schmittner erklärt, der Ertrag sei rückläufig und in den letzten Jahren bei ca. 10.000 € p.a. gewesen.



Der Vorsitzende ergänzt, die Einnahmen fließen in den gesamten Gebührenhaushalt und werden eingerechnet.

Im Weiteren erklärt **Herr Arweck** die Oberflächenabdichtung und das Sanierungskonzept.

Er weist darauf hin, dass für die Abdichtung des Deponiekörpers anstatt Kies Schlacke verwendet worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, ursprünglich sei eine Abdichtung des Deponiekörpers mit Kies geplant gewesen. Nachdem der Landkreis die Schlacke, die bei der Verbrennung übrig bleibe, zurücknehmen müsse und wieder hätte deponieren müssen, sei sie, weil auch das Material dafür geeignet sei, für die Abdeckung verwendet worden. Ein Vorteil für den Landkreis sei zudem gewesen, dass deutlich weniger Kosten für die Abdeckung erforderlich waren.

Herr Arweck berichtet, dass ca. 70.000 to Schlacke eingebaut worden sind.

Weiter erklärt er, die Deponienachsorge sei sehr wichtig und mit viel Aufwand und Kosten verbunden. Durch die dichte Abdichtung trockne der Deponiekörper aus. Für die Bewässerung des Deponiekörpers werde kontrolliert ein Teil des Sickerwassers wieder zugeführt. 2008 seien ca. 4.000 m³ Sickerwasser angefallen. 1.200 m³ Sickerwasser seien per Lkw zu der industriellen Kläranlage der Fa. InfraServ in Gendorf transportiert worden. Für die Entsorgung fallen Kosten von ca. 20 €/m³ an.

Herr Arweck macht Ausführungen zum Sanierungskonzept. Die Sanierung der unterirdischen Rohrleitungen werde durch das sog. „Berstlining-Verfahren“ erfolgen. Es könne in einem Arbeitsgang das alte Rohr zerstört und das neue Rohr eingezogen werden. Der Nachteil sei, dass zwei Arbeitsschächte dafür notwendig seien. In der Zukunft werde es nicht mehr notwendig sein, in die Schächte einzusteigen, um Reparaturen oder die Kamerabefahrung vornehmen zu können. Diese Art der Konstruktion werde auch über die Nachsorge hinaus funktionieren.

Von der Sanierung seien von den insgesamt acht Schächten vier Schächte direkt betroffen. Die Schächte 3 und 8 seien schief gestellt und weisen teilweise verschobene und gerissene Betonringe auf. Schacht 3 werde im Zuge der Sanierungsarbeiten mit einem erweiterten Innendurchmesser von 3 m neu aufgebaut. Durch den Ausbau von Schacht 3 können die übrigen Schächte 4, 5 und 8 ersetzt und nach Abschluss der Arbeiten verfüllt werden.

In der letzten Woche sei die Genehmigung zur Sanierung von der Regierung v. Obb eingegangen. Die Ausschreibung werde Mitte April und die Vergabe der Arbeiten voraussichtlich im Mai sein. Die Fertigstellung sei 2009 geplant.

Laut Kostenschätzung vom 20.06.2007 seien insgesamt 1.200.000 € zuzüglich 95.000 € für die Ingenieurleistungen veranschlagt worden. Voraussichtlich werden die Kosten geringer sein, weil sich die Preise derzeit günstig gestalten. Nachdem für die Deponie Unterriesbach

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



während der Betriebsphase keine Rücklagen gebildet worden seien, müssen die Kosten aus dem laufenden Abfallwirtschaftshaushalt gedeckt werden. 2009 seien dafür Mittel in Höhe von 1.500.000 € eingeplant und bei der Kalkulation der Müllgebühren für die Jahre 2008 – 2010 berücksichtigt worden.

Kreisrat Rübensaal merkt an, Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre sei die Pyrolyse diskutiert worden. Das Prinzip der Pyrolyse sei, alle Rückstände zu keramisieren und im Straßenbau zu verwenden. Es habe sich jedoch damals die Industrielobby durchgesetzt, weil die Müllverbrennung ein nachhaltiges Geschäft sei.

Der Vorsitzende stellt fest, die Deponie in Unterriesbach sei errichtet worden als die Standards noch ganz andere waren. Auf der Deponie in Isen sei z.B. die Abdichtung des Deponiekörpers unten, usw. wesentlich zeitgemäßer und besser umgesetzt worden.

Herr Arweck ergänzt, als der Landkreis 1980 die Deponie in Unterriesbach übernommen habe sei damals schon eine Deponieentgasung eingebaut worden. Das sei für damalige Verhältnisse schon fortschrittlich gewesen.

Der Vorsitzende erinnert, die Abfallentsorgung sei 1978 auf die Landkreise übertragen worden. Früher habe fast jede Gemeinde eine Abfallgrube gehabt. Bei einigen Gemeinden sei dies, z.B. aufgrund des hohen Grundwasserspiegels nicht möglich gewesen. Es seien ganze Deponien in die Trägerschaft des Landkreises übertragen worden, z.B. Köglreit, Unterriesbach. Der Landkreis sei deshalb in der Nachsorge involviert. Der Nachteil sei, dass damals keine Rücklagen für eine Sanierung gebildet worden seien. Bei der Deponie in Isen sei die Nachsorge in der Kalkulation berücksichtigt.

Kreisrat Biller bedankt sich für die ausführliche Darstellung.

Kreisrat Wiesmaier zeigt sich beeindruckt, dass die Sanierung ernst genommen werde. Er denkt, einige europäische Nachbarn könnten sich ein Beispiel nehmen. Außer in Deutschland werde kein Land das so sorgfältig machen.

Kreisrat Gruber fragt, weil Herr Arweck erwähnt habe, dass der Deponiekörper bewaldet sei und Bäume wachsen, ob in einem nächsten Schritt etwas dagegen unternommen werden müsse, oder die Art der Anpflanzung in Ordnung sei.

Herr Arweck antwortet, die Deponie in Unterriesbach habe kein Kunststoffdichtungsband. Durch den Bewuchs der Bäume werde der Deponiekörper abgeschirmt.

Kreisrat Sterr fragt, ob es richtig sei, dass ca. 200.000 € im Haushalt übrig bleiben, wenn keine Mehrkosten entstehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Kosten in der Gebührenkalkulation im Haushalt Abfallwirtschaft zu berücksichtigen seien.



Der Vorsitzende schlägt vor, um die Thematik genauer kennenzulernen, anlässlich einer Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt oder zu einem neuen Termin die Müllverbrennungsanlage in Ingolstadt zu besichtigen. Als Extra-Termin werden der 14. Mai oder der 27. Mai vorgeschlagen.

Herr Schmittner sagt, die Abfahrt wäre um ca. 13.00 Uhr geplant.

Büro des Landrats
BL

Nach kurzer Diskussion stellt **der Vorsitzende** fest, eine Besichtigung der MVA in Ingolstadt werde allgemein gewünscht. Als Termin sei der 14. Mai zu planen.

4. Bekanntgaben und Anfragen

4.1 Anfrage von Kreisrätin Bendl zum Genmaisfeld in Fraunberg

Kreisrätin Bendl fragt, ob der Vorsitzende bereits eine Protestnote oder ein Schreiben an Staatsminister Zeil, an das Bundessortenamt, an Bundesministerin Aigner und Gesundheitsminister Söder wegen der Aussaat von Genmais veranlasst habe. Die Aussaat von Mais werde bald erfolgen. Nach einem europäischen Beschluss könne der Anbau verboten werden.

Der Vorsitzende antwortet, der Landkreis sei dazu nicht befugt. Dies sei Europäische Rechtslage, die in nationales Recht umgesetzt werden müsse. Er weiß nicht, ob Bundesministerin Aigner es schaffe, den Anbau zu verbieten. Das Bundessortenamt habe eigene Vorgaben und die Verpflichtung, den Mais im Feldversuch auszusäen. Ob für die Sorte BT-Mais eine Zulassung erreicht werde, müsse vorher die Prüfung durch Feldversuch durchgeführt werden. Deshalb sei es fraglich, ob es rechtlich möglich sei, dies zu verbieten.

Die Reg. v. Obb sei als Verwaltungsbehörde gefordert, die entsprechende Genehmigung zu erteilen oder nicht zu erteilen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt um 17.20 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte